

Sitzungsniederschrift

Sitzungsnummer: 10
Gremium: **Rat der Samtgemeinde Grasleben (SGR)**
Datum: **Montag, 26. November 2018, um 18:00 Uhr**
Ort: **Ratssaal**



Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 18:54 Uhr

Anwesend: Bartsch, Kurt
Gander, Stefanie
Gläser, Klaus-Peter
Gröger, Walter
Janze, Gero
Klein, Martin
Koch, Veronika

Minkley, Jörg
Nitschke, Gregor
Seidel, Martin
Werner, Sebastian
Wielenberg,
Christoph-Ferdinand
Worch, Fred

SGOAR Schulz,
SG-Angestellter Nitsche,
SGOI Oertel,
SG-Angestellte Talke als
Protokollführerin.
Die Ratsmitglied Martini und
Stabrey fehlen.

Samtgemeindebürgermeister

Vorsitzende/r

Protokollführer/in

Tagesordnung - Öffentliche Sitzung

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung
- TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3** Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
- TOP 4** ANH078/18 Genehmigung des Protokolls der 9. öffentlichen Sitzung vom 10.09.2018
- TOP 5** Bericht über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses
- TOP 6** Einwohnerfragestunde
- TOP 7** V093/18 Gemeinsame Wirtschaftsentwicklung im Landkreis Helmstedt
- TOP 8** V096/18 Entgelttarif für die Benutzung des Freizeitbades der Samtgemeinde Grasleben
- TOP 9** V112/18 Richtlinie der Samtgemeinde Grasleben für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten vom 26.11.2018
- TOP 10** V082/18 Beschluss über den Jahresabschluss 2011 und Entlastung des SGB für das Haushaltsjahr 2011 gem. §101 (1) NGO/ § 129 (1) NKomVG
- TOP 11** V113/18 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Grasleben a) Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und aus dem Verfahren gem. § 4a Abs. 4 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 1. Halbsatz BauGB b) Feststellungsbeschluss
- TOP 12** V081/18
ANH086/18
ANH098/18 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2019 einschl. Haushaltsplan 2019 und weiterer Anlagen
- TOP 13** Bericht des Samtgemeindebürgermeisters und der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten
- TOP 14** Anträge und Anfragen
- TOP 15** Schließung der Sitzung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Bartsch begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Er stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Ratsmitglieder Martini und Stabrey fehlen.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die Tagesordnung wird mit 15 Tagesordnungspunkten festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 9. öffentlichen Sitzung vom 10.09.2018

ANH078/18

Beschluss

Das Protokoll Nr. 9 vom 10.09.2018 wird genehmigt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Einstimmig

TOP 5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses

SGB Janze berichtet von der einstimmigen Zustimmung des Samtgemeindeausschusses zur Unterstützung der Stadt Helmstedt bei der Einrichtung einer gemeinsamen touristischen Mobilitätszentrale für die Landkreise Helmstedt und Börde im Helmstedter Bahnhofsgebäude. Er betont deutlich, dass er dies als wichtiges Zukunftsprojekt für die Entwicklung des Landkreises ansehe und die Beteiligung der Samtgemeinde daher ausdrücklich begrüße.

Da das Protokoll der Samtgemeindeausschusssitzung vom 19.11.2018 allen Ratsmitgliedern bereits zugegangen ist, wird darüber hinaus auf wiederholte Darstellungen verzichtet.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

TOP 7 Gemeinsame Wirtschaftsentwicklung im Landkreis Helmstedt

V093/18

SGB Janze erläutert kurz den Inhalt der Verwaltungsvorlage und berichtet von bisherigen gescheiterten Versuchen, eine gemeinsame Wirtschaftsförderung zu entwickeln. Er ergänzt, dass ein Zusammenschluss in Hinblick auf das dann gebündelte Wissen effizienter sei und der gesamte Landkreis davon profitieren könne. SGB Janze teilt mit, dass der SGA den Beschlussvorschlag einstimmig empfohlen habe und bittet die Ratsmitglieder, wie vorgeschlagen zu beschließen.

Ratsmitglied Gläser äußert dahingehend Bedenken, dass nicht alle Kommunen zu gleichen Teilen von der Kooperation profitieren könnten, woraufhin SGB Janze erwidert, dass die bereits gegründete Arbeitsgruppe als Raum zum Austausch bestehen bleibe, betont jedoch auch, dass Entscheidungen objektiv im Sinne des gesamten Landkreises gefällt werden müssen.

Ratsmitglied Nitschke spricht sich gegen Ratsmitglied Gläfers Beitrag aus und tut kund, dass es seines Erachtens entscheidend sei, den Landkreis als Ganzes voranzubringen und dafür als Einheit zu agieren. Das bisherige Kirchturmdenken solle ganz bewusst eben keine Rolle spielen.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, bittet der Ratsvorsitzende um Abstimmung.

Beschluss

Der Rat der Samtgemeinde Grasleben beauftragt den Hauptverwaltungsbeamten mit der Zeichnung der als Anlage 1 beigefügten Kooperationsvereinbarung. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden ab dem Haushaltsjahr 2019 zur Verfügung gestellt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Einstimmig

TOP 8 Entgelttarif für die Benutzung des Freizeitbades der Samtgemeinde Grasleben

V096/18

SGB Janze teilt mit, dass die Änderungen im Entgelttarif aufgrund eines Antrages der CDU-FPD-Gruppe erarbeitet wurden und bittet diese, dazu vorzutragen.

Ratsmitglied Werner erläutert, dass der Antrag der Gruppe vorrangig die Rabattierung der Saisonkarten im Vorverkauf vom 01.12. bis 30.04. umfasse. Er betont, dass dies für notwendig gehalten werde, um die Attraktivität und Akzeptanz des Bades zu steigern und betont, dass die Hoffnung bestehe, durch die zeitweise günstigeren Karten ggf. mehr Käufer zu akquirieren.

SGB Janze weist auf die weiteren in der Verwaltungsvorlage aufgeführten Änderungen hin und betont, dass der Antrag der CDU-FDP-Gruppe seitens der Verwaltung kritisch hinterfragt wurde, da die Saisonkarten ohne Rabattierung bereits die am stärksten subventionierten Karten im Freizeitbad seien. Die nun ausgearbeitete Lösung bezeichnet er als Konsens zwischen Verwaltung und Politik.

Beschluss

Der Samtgemeinderat beschließt den Entgelttarif für die Benutzung des Freizeitbades der Samtgemeinde Grasleben in Ausführung der Anlage 1 mit Gültigkeit ab 01.12.2018.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 11 Ja-Stimmen, 2 nein-Stimmen

TOP 9 Richtlinie der Samtgemeinde Grasleben für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten vom 26.11.2018

V112/18

Da kein Beratungsbedarf besteht, bittet der Ratsvorsitzende um Abstimmung.

Beschluss

Der Samtgemeindeausschuss empfiehlt dem Samtgemeinderat, die aktualisierte Richtlinie der Samtgemeinde Grasleben für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten vom 26.11.2018 zu beschließen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Einstimmig

TOP 10 Beschluss über den Jahresabschluss 2011 und Entlastung des SGB für das Haushaltsjahr 2011 gem. §101 (1) NGO/ § 129 (1) NKomVG

V082/18

SGOAR Schulz, dem das Wort von dem Ratsvorsitzenden übergeben wurde, weist zunächst darauf hin, dass es sich bei Punkt b) des Beschlussvorschlages um die Entlastung des damaligen Samtgemeindebürgermeisters Herrn Henry Bäsecke handele.

Im Folgenden erläutert Herr Schulz kurz die relevantesten Punkte des Jahresabschlusses und betont, dass die Bilanz der Samtgemeinde zum Jahresende 2011 eine negative Nettoposition in Höhe von -4,7 Millionen Euro auswies (siehe Abschnitt 5.3.1 des Jahresabschlusses), da das bestehende Vermögen die Schulden schon damals nicht abdeckte. Insgesamt hält Herr Schulz fest, dass die Haushaltslage aufgrund fehlender Erträge im Ergebnishaushalt bereits 2011 prekär war und diese Tendenz seitdem nicht umgekehrt werden konnte.

Zum Prüfbericht des RPA wird mitgeteilt, dass keine Feststellungen erfolgten, die einer Entlastung entgegenstehen.

Bevor zur Beschlussfassung übergegangen wird, erwähnt Herr Schulz, dass auch die Jahresabschlüsse der Mitgliedsgemeinden für das Jahr 2011 nunmehr fertiggestellt sind und zur Prüfung bzw. Beschlussfassung vorliegen.

Beschluss

1. Der Samtgemeinderat beschließt gem. § 129 Abs. 1 NKomVG den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011.
2. Gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG erteilt der Rat dem Samtgemeindebürgermeister für die Führung der Hauswirtschaft im Haushaltsjahr 2011 die Entlastung.
3. Der Rat nimmt die im Haushaltsjahr 2011 geleisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß Jahresabschluss zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Einstimmig

TOP 11 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Grasleben a) Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und aus dem Verfahren gem. § 4a Abs. 4 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 1. Halbsatz BauGB b) Feststellungsbeschluss

V113/18

Ratsvorsitzender Bartsch gibt das Wort an SGB Janze, der in Erinnerung ruft, dass die Änderung des Flächennutzungsplanes aufgrund der Änderung des Bebauungsplanes *In der Kohli* der Gemeinde Grasleben nötig wurde.

Da keine Rückfragen geäußert werden, leitet der Ratsvorsitzende die Beschlussfassung ein.

Beschluss

a) Der Samtgemeinderat schließt sich den in der Anlage 1 zu dieser Vorlage formulierten Beschlussvorschlägen (in der Anlage als Beschluss bezeichnet) aus dem Verfahren gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB an.

b) Der Samtgemeinderat fasst den Feststellungsbeschluss und beschließt dazu die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes, bestehend aus Planzeichnung und Begründung (Anlagen 2, 3 und 4) unter Berücksichtigung der Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und aus der Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden gem. § 4 Abs. 2 BauGB.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Einstimmig

TOP 12 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2019 einschl. Haushaltsplan 2019 und weiterer Anlagen

V081/18

ANH086/18

ANH098/18

Der Ratsvorsitzende gibt das Wort an SGOAR Schulz, der anhand einer Präsentation die wesentlichen Inhalte des Haushaltsplanentwurfs vorstellt und sich auf die aktuelle Änderungsliste (Version 1b) bezieht. Beide Dokumente sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Insbesondere bezieht sich Herr Schulz auf die Erhöhung der Kreisumlage (KU) auf 55 Prozentpunkte und betont, dass die KU 2019 bei gleichem Aufkommen wie 2018 rein rechnerisch nur bei 47,5 Punkten liegen müsste (in Bezug auf Samtgemeinde und Mitgliedsgemeinden). Aus der Anhörung zur Kreisumlage beim Landkreis Helmstedt berichtet Herr Schulz, dass die Sorgen der kreisangehörigen Gemeinden seiner Ansicht nach nicht ernst genommen werden.

Gruppenvorsitzender Nitschke äußert im Namen der CDU-FDP-Gruppe, dass das Ergebnis des Haushaltsplanentwurfs zwar desaströs, dies aber letztlich aus eigener Kraft von Verwaltung und Samtgemeinderat nicht zu ändern sei. Alle jetzt im Haushaltsplan vorhandenen Ansätze seien aus Sicht der Gruppe notwendig, Spielraum für Streichungen sei kaum vorhanden. Abschließend äußert er im Namen der Gruppe, dass man letzten Endes weiterhin auf eine grundsätzliche Reform der Finanzausstattung der Kommunen hoffen müsse.

Ratsmitglied Gläser pflichtet dem in dem Sinne bei, dass auch aus seiner Sicht grundlegende Änderungen erfolgen müssten, allerdings nennt er vom Land vorgeschriebene Fusionen als die beste Lösung, da für die kommunalen Haushalte ansonsten keine Ergebnisverbesserung möglich sei.

Abschließend betont SGB Janze, dass der Haushaltsplanentwurf zwar in der Tat desaströs und diese Situation auf kurze Sicht nicht zu ändern sei, dass Verwaltung und Politik seines Erachtens jedoch in konstruktiven Haushaltsgesprächen gemeinsam versucht hätten, das Beste aus der Situation zu machen und das vorliegende Ergebnis dies widerspiegele.

Im Anschluss leitet der Ratsvorsitzende die Abstimmung en bloc herbei.

Beschluss

